

LESERBRIEFE

Jetzt steht es schwarz auf weiss...

Laut Leserbrief eines IG-Mitglieds gibt es nur zwei Persönlichkeiten, die sich für den Gemeinderat eignen, die vorgeschlagenen Mitglieder der IG Reiden. Die Unterstellung, die anderen Kandidierenden seien zweite oder dritte Wahl, strotzt vor Arroganz und Selbstüberschätzung.

In Reiden braucht es Leute des Vertrauens. Team- und Kompromissfähigkeit, Integrität, Akzeptanz des Kollegialitätsprinzips und Verlässlichkeit, diese Kompetenzen machen eine positive und seriöse Behördentätigkeit aus. Da stellt sich die Frage, erfüllen die von der IG Reiden vorgeschlagenen Personen diese Voraussetzungen?

Eine Vielfalt von Meinungen muss Platz haben. Jedes Mitglied wird vereidigt und hat sich somit an das Gemeindegesetz, Verordnungen und Erlasse zu halten. Ausser dem Präsidenten, der in die Funktion gewählt wird, konstituiert sich der Gemeinderat selber. Das heisst: Keine Person kann im Voraus bestimmen, welches Ressort sie übernehmen will. Im Kollegium wird darüber entschieden. Das sind die Fakten.

Nicht nur die IG, alle Reider Bürger wären glücklich, wenn die Gemeinde Reiden zur «Perle vom Wiggertal» aufsteigen würde. Davon sind wir meilenweit entfernt. Reiden wird in der näheren und weiteren Umgebung als «Lachnummer» wahrgenommen. Was sich in unserer Gemeinde abspielt, sucht seinesgleichen. Um die Situation zu beruhigen, braucht es einen Gemeinderat, eine Schulpflege, eine Bürgerrechtskommission, die nach gefällten Entscheiden in einer Sprache auftritt und eine kundenfreundliche, effiziente Verwaltung, welche die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, ihre Fragen kompetent, innert nützlicher Frist und zuvorkommend beantwortet.

Wenn Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wünschen, dass in Reiden Ruhe einkehrt, zukünftig ein besseres politisches Klima herrscht, die Probleme angepackt und gelöst werden, dann wählen Sie diejenigen Persönlichkeiten, welche von den Ortsparteien vorgeschlagen sind.

Marianne Kneubühler,
alt Grossrätin CVP, Reiden



ANNO DAZUMAL

Die Oberschule Uffhusen am Ende des Zweiten Weltkriegs im Sommer 1945 mit Lehrer Josef Wüest. Das Bild wurde zur Verfügung gestellt von Franz Wüest, Zell.

Wir machen uns stark für Sie...

So lautet die Parole der CVP für die Gemeinderatswahlen. Es ist auch richtig so. Die Gemeinderäte werden ja auch von Bürgerinnen und Bürgern, und nicht vom Kanton oder vom Staat gewählt. Die Tatsache ist aber eine andere. Die Parole könnte auch heissen: «Wir machen UNS stark für Sie.»

In den meisten Gemeinden im Kanton Luzern herrscht eine Dominanz dieser besagten Partei. Damit verhindert sie bewusst eine ausgeglichene Meinungsvertretung. Wenn sich ein Kandidat oder eine Kandidatin aus der SVP für ein Amt in der Exekutive interessiert, bekämpft man sie gleich mit einer Gegenkandidatur. Man kann sich die Frage stellen, ob eine solche Kandidatur ernst gemeint ist oder lediglich dazu dient, eine andere Meinung im Gemeinderat zu verhindern. Einige solcher Beispiele sind auch im Wahlkreis Willisau zu beobachten. Hat dies

noch mit einer gelebten Demokratie zu tun? Geht es dieser Partei wirklich noch um die Meinungsvielfalt in den Gemeinden, oder doch eher um herrschende Macht?

Die Gemeinderäte haben die Bevölkerung zu unterstützen und deren Meinung gegenüber dem Kanton zu vertreten. Leider ist es aber so, dass die meisten Gemeinderäte die Meinung vom Kanton entgegennehmen und mehrheitlich kampfflos umsetzen. Mit dieser Haltung stellt das Amt keine Herausforderung dar. Bürger zu schützen braucht Kampfgeist, Gegendruck, Rückgrat und Durchsetzungsvermögen. Die Gemeinden brauchen mehr bürgerliches Gedankengut. Darum wähle ich den SVP-Kandidaten in meiner Gemeinde. Tun Sie es auch in Ihrer Gemeinde!

Roland Staub, SVP Menznau

Ja zu schnellen Asylverfahren

Die Probleme im Asylwesen müssen gelöst werden! Mit der Asylgesetzrevision werden die Verfahren schneller, gerechter und günstiger. In einer Zeit, in der Hunderttausende von Menschen auf der Flucht sind, braucht die Schweiz Lösungen in der Migrationspolitik. An der Stelle treten und bewusstes Bewirtschaften der Asylfrage ist teuer und bringt die

Schweiz nicht weiter. Deshalb ist Zuarbeiten in dieser für die Schweiz zentralen Frage wichtig. Es braucht Nägel mit Köpfen. Eine allumfassende Lösung ist utopisch. Die Richtung aber stimmt und bekämpft das Grundproblem. Zumindest sachlich unbegreiflich ist, wenn sich selbst ernannte Asylexperten und die SVP gegen die Revision wehren. Zudem:

Entspricht es wirklich einer schweizerischen Tugend, Zitate eines zustimmenden Regierungsrates aus dem Kontext gerissen für eigene politische Zwecke zu nutzen? Ich meine Nein – und sage am 5. Juni Ja zur Revisionsvorlage.

Raphael Kottmann,
Kantonsrat CVP, Oberkirch

Nein zur Milchkuhinitiative

Mein 9-jähriger Enkel hat kürzlich im Bahnhof auf das grüne Plakat mit Velo, Auto und Bus und dem verfänglichen Text «faire Verkehrsfinanzierung» geantwortet und gesagt, dass ich da bestimmt auch dafür sei. Er weiss, dass ich grüne Anliegen unterstütze. Ich habe ihm erklärt, dass dies hier ganz und gar nicht der Fall sei: bei der «Milchkuhinitiative» geht es ausschliesslich um die Autobahnen. Die Initianten suggerieren mit ihren Bildern, dass das Geld auch für Velos und Busse zur Verfügung steht. Die Initiative bringt aber keinen

einigen Franken mehr für Velowege, Busspuren und Umfahrungsstrassen. Fussgängern bringt die Initiative auch nichts. Im Gegenteil: Würde die «Milchkuhinitiative» angenommen, laufen die Agglomerationsprogramme mittelfristig aus (im Jahr 2027). Nur dank diesen können heute noch Projekte für Velofahrende, FussgängerInnen und Busse realisiert werden. In Zukunft würden auch diese Gelder wegfallen. Der Anteil der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen am CO₂-Ausstoss der Schweiz liegt jetzt schon bei 38%. Wäh-

rend die CO₂-Emissionen in allen anderen Bereichen sinken, funktioniert der Klimaschutz im Verkehr noch nicht. Bei einer Annahme der Milchkuhinitiative müsste beim öffentlichen Verkehr gespart werden, es würden noch mehr Strassen gebaut und der CO₂-Ausstoss würde noch höher. Was das bedeutet, kann auch ein neunjähriges Kind verstehen und mein Enkel weiss jetzt, weshalb ich Nein stimme.

Edith Lanfranchi-Laube,
Vorstand Grüne Luzern

BRIEF

aus dem Ständerat



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

Das Zürcher Sechseläuten ist gelebte Tradition. Als erster Nichtkanton überhaupt war dieses Jahr die Stadtluzerner Zunft zu Safran zu Gast. Auch wenn das Wetter alles andere als freund-

Traditionen und Zukunftsvisionen

lich war und der Böög einen schlechten Sommer vorausgesagt hat, war es mir eine Ehre, als Luzerner Ständerat an diesem traditionellen Anlass mit dabei zu sein. Sind unsere Traditionen und unsere Kultur durch die Einwanderung bedroht? Diese Frage ist berechtigt und beschäftigt viele. Die Abstimmung zur Revision des Asylgesetzes bietet dem Volk die Möglichkeit mitzubestimmen.

Es war eine Premiere und hatte nichts mit Krieg zu tun, als am 18. April 2016 400 Luzerner mit Helm und Hellebarde zum Zürcher Böög marschierten. Als erster Nichtkanton war die Stadtluzerner Zunft zu Safran Gast am Zürcher Sechseläuten. Als Ehrengast mit dabei sein zu dürfen, war für mich ein einmaliges und unvergessliches Erlebnis. Die Luzerner hatten sich mächtig ins Zeug gelegt und haben sich vom schlechten Wetter nicht davon abhalten lassen, Luzern und seine lebhaften Traditionen eindrücklich zu präsentieren. Wenn die Luzerner Fasnacht und das Zürcher Sechseläuten aufeinander treffen wird uns bewusst, dass in der Schweiz auf kleinstem Raum viele verschiedene Bräuche und Traditionen gelebt werden. Mir ist es wichtig, dass wir solche Traditionen pflegen und uns selbst treu bleiben.

Der Zickzack-Kurs der SVP

Bedroht die Einwanderung unsere Kultur und unsere Werte? Das können wir selber mitbestimmen. Bei der Abstimmung zur Asylgesetzrevision kann das Volk klar Stellung nehmen. Für mich ist es klar, dass das Ziel sein muss, die Asyl- und Flüchtlingsproblematik auf

eine konstruktive Art zu entschärfen. Die SVP hat die Asylgesetzrevision vor zwei Jahren noch unterstützt, trotzdem hat sie dagegen das Referendum ergriffen. Verzweifelt sucht die Partei Argumente, diesen Zickzack-Kurs zu rechtfertigen. Das heisst diskutierte Argumente wegen der Enteignungen greift nicht.

Enteignungen sind kein Thema

Bei den 16 geplanten Bundesasylzentren gibt es keinen einzigen Standort, an dem Enteignung in Betracht gezogen wird. Das gilt auch für die Reservestandorte. Die öffentliche Hand ist in allen Fällen bereits im Besitz der Grundstücke oder steht kurz vor deren Erwerbung. Landenteignungen des Bundes gibt es schon lange für Armeen, Nationalstrassen oder Stromleitungen. Was schon lange geltendes Recht ist und von der SVP zum Beispiel bei den Strassen befürwortet wird, wird von ihr im Asylbereich künstlich negativ dargestellt. Sollen Projekte, die einen immensen Nutzen für das ganze Land haben, aufgrund eines einzelnen Beschwerdeführers nicht realisiert werden können? In solchen Fällen muss als allerletz-

tes Mittel zur Enteignung gegriffen werden können. Die Hürden dafür sind hoch und deren Beseitigung dauert Jahre, daher verzichtet der Bund in der Praxis wenn immer möglich auf die «Ultima Ratio». Eigentlich lanciert die SVP mit ihren Einwänden jeweils nur Rauchbomben, deren Ziel es ist, den Blick auf die Tatsachen zu trüben: Das neue Asylgesetz macht die Verfahren schneller, korrekter und günstiger. Populismus bringt uns in dieser Frage nicht weiter. Es wird endlich Zeit für eine vernünftige Asylpolitik, die Lösungen bringt. Deshalb sage ich am 5. Juni 2016 klar Ja zur Revision.

Anpacken und umsetzen

Seit etwas mehr als 150 Tagen darf ich den Kanton Luzern als Ständerat in Bern vertreten. Ich habe mich gut eingelebt und durfte eine spannende und vor allem intensive Zeit erleben, bin mir aber der Verantwortung bewusst. Unser Kanton und die Schweiz haben in den kommenden Jahren grosse Herausforderungen zu meistern. Innenpolitisch stehen die Sicherung der Sozialwerke, der Erhalt von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Entwicklung im Fokus. Aussenpolitisch

sind die Zusammenarbeit mit Europa und der Welt sowie die Bekämpfung des Terrorismus und die Flüchtlingsströme die grössten Herausforderungen. Als Ständerat will ich anpacken und umsetzen! Anpacken und Umsetzen beschränkt sich für mich als Ständerat aber nicht auf die Sessionen, die vier Mal im Jahr stattfinden. Ich wurde in vier Kommissionen gewählt und diese bringen auch zwischen den Sessionen viel und intensive Arbeit mit sich. Im Mai werde ich als Mitglied der ausserpolitischen Kommission auf eigene Kosten für sechs Tage nach China reisen, um am chinesisch-europäischen Forum teilzunehmen. Dieses Forum hat zum Ziel, die Kontakte zwischen China und Europa auszubauen und das gegenseitige politische Vertrauen zu stärken. Selbstverständlich sind auch Menschenrechte und Arbeitsbedingungen ein Thema, das nicht ausser Acht gelassen werden darf. Deshalb werde ich auch Industriebetriebe ausserhalb von Peking besuchen. Die Hauptarbeit findet aber in Bern im Bundeshaus statt: Täglich arbeiten wir an der Entwicklung der Schweiz, damit wir unseren Wohlstand und soziale Gerechtigkeit weiterhin behalten können.